Anhörungsverfahren zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar

Behandlungsvorschläge zu den eingegangenen Stellungnahmen (Stand: April 2013)

Allgemeine Hinweise

zur nach Absendern sortierten Liste der Behandlungsvorschläge:

- In der Liste sind alle Stellungnahmen enthalten, die dem Verband Region Rhein-Neckar im Rahmen des Beteiligungsverfahrens und der Offenlage des Planentwurfs gem. § 10 (Abs. 1) in Verbindung mit § 6 (Abs. 3 und 4) Landesplanungsgesetz (LPIG) Rheinland-Pfalz zugegangen sind. Für die systematische Bearbeitung der Stellungnahmen wurde jede thematische Einzeläußerung für sich erfasst und geprüft.
- Gem. Beschluss des Planungsausschusses vom 22.02.2013, die Plansätze 3.2.4.3 – 3.2.4.5 (Standorte für regionalbedeutsame Windenergieanlagen) vom weiteren Aufstellungs- und Genehmigungsverfahren auszukoppeln und gleichzeitig einen diesbezüglich fachlich begrenzten Teilplan aufzustellen, sind die eingegangenen Äußerungen zu den entsprechenden Planinhalten in der Liste nicht enthalten. Sie werden jedoch in die konzeptionellen Überlegungen bei der Neuaufstellung der Teilfortschreibung Windenergie einfließen. Im Rahmen der Neuaufstellung wird eine erneute Anhörung durchgeführt. Absender, deren Stellungnahmen sich ausschließlich mit den genannten Plansätzen befassen, sind daher nicht in der Liste aufgeführt.
- In der vorliegenden Liste der Behandlungsvorschläge sind alle eingegangenen Äußerungen nach Absendern sortiert. Sie soll den Gremienmitgliedern als Erleichterung bei der absenderorientierten Sichtung der Behandlungsvorschläge dienen. Grundlage der Beratungen in den Sitzungen wird die nach Plankapiteln und -sätzen sortierte Zusammenstellung der Behandlungsvorschläge sein, wie sie den Gremienmitgliedern ebenfalls digital sowie in gedruckter Form zugestellt wird.
- Die Sortierung der vorliegenden Liste richtet sich zunächst nach der Gruppe der die Absender zugeordnet wurden (z.B. Behörden, Institutionen des Bundes; Ministerien der Länder; Stadtkreise, Kreisfreie Städte etc.). Innerhalb dieser sind die Absender dann alphabetisch nach Postadresse aufgeführt.
- Stellungnahmen von Absendern, die dem Datenschutz unterliegen, werden unter dem Aktenzeichen „Privat“ in anonymisierter Form wiedergegeben und durchnummeriert.

- Interne Änderungen, die sich bei der Prüfung des Anhörungsentwurfes ergeben haben, sind ebenfalls in der Liste unter „Verband Region Rhein-Neckar (Interne Änderung)“ enthalten.
- Die Äußerungen werden in der Regel in derselben Reihenfolge wiedergegeben, wie sie in der Stellungnahme vorgebracht wurden. Die Formulierungen in der Spalte „Äußerungen“ entsprechen nicht immer dem Originaltext, sondern sind vielfach Kurzfassungen der Kernaussagen der Stellungnahmen.
- In der Spalte „Behandlungsvorschlag“ ist die jeweilige Kurzfassung des Ergebnisses der Abwägung (folgen, teilweise folgen, nicht folgen, Kenntnisnahme, Korrektur/Änderung bzw. nicht Gegenstand der Regionalplanung) der jeweiligen Begründung vorangestellt.
- Die Spalte „Nummer“ enthält die laufenden Nummern, die die entsprechenden Äußerungen in der nach Plankapiteln und -sätzen sortierten Version der Behandlungsvorschläge führen. Sofern eine Äußerung mehreren Plankapiteln oder -sätzen zugeordnet ist, werden alle der Äußerung zugeordneten laufenden Nummern angegeben.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Behörden, Institutionen des Bundes	1
Ministerien der Länder	13
Ministerien des Landes Baden-Württemberg	14
Ministerien des Landes Hessen	41
Ministerien des Landes Rheinland-Pfalz	43
Mittelbehörden der Länder	55
Mittelbehörden des Landes Baden-Württemberg	56
Mittelbehörden des Landes Hessen	100
Mittelbehörden des Landes Rheinland-Pfalz	114
Weitere Landesbehörden	145
Weitere Landesbehörden Baden-Württemberg	146
Weitere Landesbehörden Hessen	174
Weitere Landesbehörden Rheinland-Pfalz	183
Stadtkreise, kreisfreie Städte, Landkreise und zugehörige Kommunen	205
Stadtkreise Baden-Württemberg	206
Rhein-Neckar-Kreis und zugehörige Kommunen	253
Neckar-Odenwald-Kreis und zugehörige Kommunen	400
Kreis Bergstraße und zugehörige Kommunen	471

Inhaltsverzeichnis (Fortsetzung)

	Seite
Kreisfreie Städte Rheinland-Pfalz	535
Landkreis Bad Dürkheim und zugehörige Kommunen	576
Landkreis Rhein-Pfalz-Kreis und zugehörige Kommunen	634
Landkreis Germersheim und zugehörige Kommunen	693
Landkreis Südliche Weinstraße und zugehörige Kommunen	762
Nachbarregionen, Nachbarregierungspräsidien	820
Kammern, Verbände, Zweckverbände und Unternehmen mit öffentlichem Auftrag	856
Anerkannte Natur- und Umweltschutzverbände	857
Bereich „Verkehr u. Kommunikation“	960
Bereiche „Ver- und Entsorgung“, „Energie“	979
Kammern	1027
Sonstige Verbände, Zweckverbände	1080
Private	1140
Sonstige Beteiligte	1284
Verband Region Rhein-Neckar (interne Änderungen)	1390

Kreis Bergstraße und zugehörige Kommunen

Absender

Landratsamt Kreis Bergstraße

Äußerung	Behandlungsvorschlag	Nummer
Zu 1.1 Raumkategorien, 1.2 Zentrale Orte und deren Verflechtungsbereiche, 1.3 Entwicklungsachsen	Kenntnisnahme	84
Bei teilweise unterschiedlicher Terminologie hinsichtlich der Raum- und Achsenkategorien und Unterschieden bei der Kennzeichnung von Plansätzen als Ziele und Grundsätze sind die planerischen Aussagen widerspruchsfrei. Die Einstufung der zentralen Orte im EHP R-N entspricht der des RPS/RegFNP 2010.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	
Die kommunalen Siedlungsflächen (Bestand und Planung) entsprechen weitestgehend den Darstellungen im Regionalplan Südhessen. Hinsichtlich der gewerblichen Bauflächen wurden die von den Kommunen dargestellten Entwicklungsflächen der jeweiligen FNP's nachrichtlich übernommen, im Hessischen Teilraum sind im Anhang 1.4 für folgende Gemeinden bzw. Gemeindeteile Festlegungen zu „Siedlungsbereichen Gewerbe“ getroffen:		
Die Mittelzentren Bensheim (Kernstadt), Bürstadt (Hauptort und Ortsteil Bobstadt), Heppenheim (Kernstadt), Lampertheim (Kernstadt), Lorsch und Viernheim sowie Biblis und Groß-Rohrheim.		
Anregungen und Hinweise: keine		
Zwischen dem Verband Region Rhein-Neckar und dem Regierungspräsidium fanden frühzeitig ausführliche Abstimmungsgespräche über Planungsinhalte und kommunale Flächenpotentiale für Siedlung und Gewerbe statt. Trotz unterschiedlicher Bevölkerungsprognosen, bedingt durch sich unterscheidende Ermittlungsgrundlagen, aus denen der zukünftige Bedarf für Flächenpotentiale errechnet wurde, konnte nach Darstellung des Regierungspräsidium Darmstadt ein grundsätzlich einheitlicher Entwicklungshorizont für die Städte und Gemeinden im Teilraum des Kreises Bergstraße ermittelt werden.	Kenntnisnahme Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	300, 701
Die Darstellung der Entwicklungsmöglichkeiten entspricht, soweit im Maßstab nachvollziehbar, der im Regionalplan Südhessen 2010. Die Empfehlung einer qualitativen und bedarfsorientierten Ausrichtung der Entwicklungsmöglichkeiten z.B. für Kommunen ohne Funktionszuweisung wird grundsätzlich befürwortet.	Kenntnisnahme Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	702
Zu Punkt 1.4.1.4, Satz 2 des Kapitels 1.4 Wohnbauflächen / Ziele und Grundsätze der Regionalplanung (S. 34): „Verfügbare Flächenpotenziale im Siedlungsbestand ... sind vorrangig vor anderen Flächenpotentialen zu nutzen.“ Da diese Formulierung u. E. Interpretationsspielraum lässt, welche Flächen als „verfügbar“ gelten, regen wir an, Satz 2 wie folgt zu ändern: „Flächenpotenziale im Siedlungsbestand ... sollen vor anderen Flächenpotentialen genutzt werden.“	nicht folgen Der kommunale Interpretationsspielraum über die Formulierung "verfügbar" ist bewusst eingeräumt. Die Kommunen haben die "Verfügbarkeit" bzw. "Nichtverfügbarkeit" im Rahmen ihrer Planungen nachzuweisen. Vor diesem Hintergrund wird der Anregung des Landratsamtes Kreis Bergstraße nicht gefolgt.	462

Absender

Landratsamt Kreis Bergstraße

Äußerung	Behandlungsvorschlag	Nummer
Zu Punkt 1.5 bezüglich der genannten Vorranggebiete für Industrie, Gewerbe, Dienstleistung und Logistik wird empfohlen, zu prüfen, ob Lorsch und [...] ebenfalls aufgenommen werden sollten.	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In der Raumnutzungskarte und im Anhang 1.4 zu Plansatz Z 1.5.2.2 ist Lorsch als Gemeinde mit der Festlegung "Siedlungsbereich Gewerbe" dargestellt bzw. aufgeführt. Das Mittelzentrum Lorsch ist somit als regionaler Gewerbeschwerpunkt eingestuft. In Lorsch ist das Gewerbegebiet "Im Daubert" ein wichtiger Gewerbestandort. Für eine Einstufung als "Vorranggebiet für Industrie, Gewerbe, Dienstleistung, Logistik" stehen jedoch nur noch geringe Flächenreserven zur Verfügung. Darüber hinaus stehen zukünftige gewerbliche Neuausweisungen in Lorsch im mehrfachen Zielkonflikt mit freiraumsichernden Vorrangdarstellungen.</p>	923
Zu Punkt 1.5 bezüglich der genannten Vorranggebiete für Industrie, Gewerbe, Dienstleistung und Logistik wird empfohlen, zu prüfen, ob [...] und Viernheim ebenfalls aufgenommen werden sollten.	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In der Raumnutzungskarte und im Anhang 1.4 zu Plansatz Z 1.5.2.2 ist Viernheim als Gemeinde mit der Festlegung "Siedlungsbereich Gewerbe" dargestellt bzw. aufgeführt. Das Mittelzentrum Viernheim ist damit ein regionaler Gewerbeschwerpunkt. In Viernheim sind keine "Vorranggebiete für Industrie, Gewerbe, Dienstleistung, Logistik" dargestellt, da künftigen gewerblichen Neuausweisungen im Bereich der Siedlungsränder verschiedene, freiraumsichernde Belange entgegenstehen. Dadurch ist die flächenbezogene Weiterentwicklung des Gewerbestandortes Viernheim erheblich eingeschränkt (vgl. Begründung zu Plansatz 1.5.2.3).</p>	924
Die Frauenbeauftragten des Kreises Bergstraße begrüßen ausdrücklich, dass im Leitbild der regionalen Entwicklung in der Metropolregion Rhein-Neckar „Chancengerechtigkeit als Leitprinzip allen räumlichen Planungen zugrunde“ gelegt wird, mit den Ausführungen auf Seite 17 des Entwurfs, Absatz „Verwirklichung von Chancengerechtigkeit“ (beispielhaft: Grund- und verbrauchernahe Versorgung, bedarfsgerechte Wohnungsversorgung, barrierefreie Zugänglichkeit von Wohnungen und Einrichtungen, Mobilitätssicherung etc.).	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	27
<p>Frauenbeauftragte [...]</p> <p>Anregung: Zu Punkt 1.5 - Gewerbliche Bauflächen Hier sollte aufgenommen werden, dass die sich Kommunen im Rahmen der Flächenvorsorge zur Weiterentwicklung der örtlichen gewerblichen Wirtschaft auch an den Bedürfnissen der unterschiedlichen Zielgruppen nach wohnortnahen Arbeitsplätzen orientieren sollen, vor allem der Erwerbssicherungsbedürfnisse von Personen, die familiäre Versorgungsarbeit leisten.</p>	<p>folgen</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p> <p>In der Begründung zum Plansatz 1.5.2.1 (S. 48) wird ein neuer Absatz ergänzt: Bei der Flächenvorsorge zur Weiterentwicklung der örtlichen gewerblichen Wirtschaft sollen auch die Bedürfnisse der unterschiedlichen Zielgruppen nach wohnortnahen Arbeitsplätzen Berücksichtigung finden, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser gewährleisten zu können.</p>	703

Absender

Landratsamt Kreis Bergstraße

Äußerung	Behandlungsvorschlag	Nummer
<p>Ziel sollte die Sicherung der innerörtlichen Versorgungskerne sein. Aber auch bestehende Standorte von regionaler und überregionaler Bedeutung sollten in ihrer Entwicklung nicht eingeschränkt werden.</p>	<p>folgen Der Anregung wird gefolgt.</p>	1091
<p>Notwendige Voraussetzungen für die Zulässigkeit eines Einzelhandelsgroßprojektes außerhalb der „Zentralörtlichen Standortbereiche für Einzelhandelsgroßprojekte“ ist der Ausschluss bzw. die deutliche Reduzierung zentrenrelevanter Randsortimente. Eine restriktive Begrenzung dieser Sortimente wird für diese Standorte im ERP R-N als Ziel formuliert. Allerdings weicht die vom ERP R-N im Anhang Nr. 3 festgelegte Sortimentsliste von der des RPS 2010 geringfügig ab. Sie soll an den RPS/RegFNP angepasst werden.</p>	<p>Der Forderung eines dynamischen Bestandsschutzes für bestehende Betriebe wird durch Streichung der Einschränkung "ohne Verkaufsflächenerweiterungen" im Plansatz 1.7.4.2 (Abs. 2) entsprochen. Der geänderte 2. Absatz lautet somit wie folgt: "Bestandsorientierte Modernisierungen sind unter Beachtung der vorstehenden Plansätze auf ihre Raumverträglichkeit zu prüfen. Eingetretene raumordnerische und städtebauliche Fehlentwicklungen dürfen dabei nicht weiter verfestigt werden." Dieser Plansatz schließt im Einzelfall auch geringfügige Verkaufsflächenerweiterungen nicht aus.</p>	
<p>Für bestehende Einzelhandelsgroßprojekte außerhalb der „Zentralörtlichen Standortbereiche“ und der „Ergänzungsstandorte“ sollten Bestandserweiterungen und -Umwandlungen im raumverträglichen Rahmen ermöglicht werden. Darüber hinaus sollte die Sortimentsliste an die des RPS/RegFNP angepasst werden.</p>	<p>Bei der Sortimentsliste als Anhang Nr. 3 zu Plankapitel 1.7 (S.XI) wird darauf verwiesen, dass Abweichungen des Sortiments z.B. auf der Grundlage eines kommunalen Einzelhandelskonzeptes in begründeten Einzelfällen in Abstimmung mit der Regionalplanung möglich sind. Für den hessischen Teil wird auf die Sortimentsliste des RP Südhessen verwiesen.</p>	
<p>Erweiterungen von Einzelhandelsgroßprojekten außerhalb der zentralörtlichen Standortbereiche und Ergänzungsstandorte werden grundsätzlich ausgeschlossen, um bereits eingetretene Fehlentwicklungen nicht weiter zu verfestigen und die innerstädtischen Versorgungsstrukturen zu stabilisieren. Den bestehenden großflächigen EH Betrieben sollte ein „dynamischer Bestandschutz“ gewährt werden, der es erlaubt, im Wettbewerb ausreichend Anpassungs- und Reaktionsmöglichkeiten zu haben. Im Einzelfall sollten regionalplanerische Ziele so formuliert sein, dass zum Beispiel im Rahmen einer Modernisierung auch eine geringe Verkaufsflächenerweiterung möglich ist. Die Gefahr eines Gebäudeleerstandes mit nachfolgender Gewerbebrache hätte ungewollte städtebauliche Folgen.</p>		

Absender

Landratsamt Kreis Bergstraße

Äußerung	Behandlungsvorschlag	Nummer
<p>Das Regierungspräsidium Darmstadt verweist in seiner noch nicht offiziell von der Regionalversammlung verabschiedeten Stellungnahme auf die vorliegenden Ergebnisse zum Thema „Hochwasserschutz am Rhein - Räumliche Planung und Bauvorsorge in hochwassergefährdeten Gebieten, insbesondere hinter den Deichen am Beispiel des hessischen Rieds" bzw. „ Hochwasserschutz in Hessen: Verbesserung des Hochwasserflächenmanagements".</p> <p>Aufgrund der derzeit bestehenden Daten - und Kenntnislage wird empfohlen, diese im hessischen Teilraum im RPS/RegFNP 2010 als „Vorranggebiet" festgelegten Gebiete auch im ERP R-N in die Vorranggebiete mit einzubeziehen.</p>	<p>nicht folgen</p> <p>Im Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar sind am Rhein rechts und linksrheinisch einheitlich die Bereiche des HQ100 als Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz und die Bereiche des HQextrem hinter den Schutzanlagen bis zum Hochgestade als Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz festgelegt. Die Vorbehaltsgebiete sind i.d.R. überlagert mit Regionalen Grünzügen, die die Freiraumfunktionen sichern und in denen nicht gesiedelt werden darf. Sofern keine Vorbehaltsgebiete festgelegt sind, bestehen andere freiraumschützende Festlegungen, wie z.B. Vorranggebiete für den Naturschutz und Landschaftspflege. Von freiraumbezogenen Restriktionen werden lediglich einzelne siedlungsnah Freiräume, die aus regionalplanerischer Sicht für eine potenzielle Siedlungsentwicklung in Frage kommen, freigehalten. Als Bestandteil der regionalen Freiraumstruktur sind die überschwemmungsgefährdeten Bereiche hinter den Schutzanlagen damit vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen, insbesondere vor weiteren Siedlungstätigkeiten ausreichend geschützt.</p> <p>Die im Regionalplan Südhessen 2010 verwendete Begrenzungslinie des 3m Wasserstands bei einem extremen Hochwasser konnte auf Grund der hierfür nicht ausreichenden Daten- und Kenntnislage keine länderübergreifende Anwendung finden. Vor diesem Hintergrund wird im Sinne einer grenzübergreifend einheitlichen Vorgehensweise auch im hessischen Teil der Metropolregion dieses Kriterium nicht zur Abgrenzung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten am Rhein herangezogen.</p>	2046
<p>Im Textteil unter Nr. 2.3.1 wird ausgeführt, dass die landwirtschaftlichen Flächen, und ihre wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Funktionen nachhaltig gesichert werden sollen. Die Produktion hochwertiger Nahrungsmittel und Rohstoffe ist neben der Sicherung des Grundwassers eine der elementarsten Grundlagen menschlichen Lebens. Dem Bodenschutz und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen kommt darum eine herausragende Bedeutung zu, die im Vergleich zu weiteren unter Nr. 2.2. aufgeführten Schutzgütern nicht ausreichend gewichtet wird.</p> <p>Anregung: Für die Produktion hochwertiger Nahrungsmittel sind die Böden im Westteil des Kreises Bergstraße prädestiniert; sie sollten darum wegen ihres besonderen Wertes als Vorranggebiet Landwirtschaft dargestellt werden. Eine entsprechende Darstellung in der Raumnutzungskarte wird gefordert.</p>	<p>nicht folgen</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p> <p>Die angesprochenen landwirtschaftlich genutzten Bereiche im Westteil des Kreises Bergstraße liegen zum großen Teil auch in einem überschwemmungsgefährdeten Bereich. Mit Blick auf die latente Hochwassergefahr sind vorsorgend Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz in der Raumnutzungskarte dargestellt. Sie sind auch mit Regionalen Grünzügen belegt, um die Freiraumnutzung sicherzustellen und eine Bebauung dieser Bereiche mit Blick auf die Minimierung des Schadenspotenzials bei Überschwemmungen zu verhindern. Die ordnungsgemäße Landwirtschaft ist uneingeschränkt in diesen Bereichen zulässig. Die Regionalplanung trifft keine Regelungen zur Art und Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung. Allerdings sollen nach den Inhalten der Plansätze zum Kap. 2.2.5 Vorbeugender Hochwasserschutz alle Flächennutzer die Notwendigkeiten des Hochwasserschutzes in ihren Planungen und Maßnahmen integrieren (vgl. Plansatz/Begründung zu 2.2.5.1).</p>	2091, 2367

Absender

Landratsamt Kreis Bergstraße

Äußerung	Behandlungsvorschlag	Nummer
Zu G 2.2.8.1 - Grundsatz zum Schutz von regional und überregional bedeutsamen Bau-, Boden und Kulturdenkmälern: In diesem Zusammenhang wird eine ergänzende Würdigung der besonderen Stellung der Weltkulturstätte Kloster Lorsch angeregt. Die Darstellung in der Karte bzw. als Text fehlt und sollte ergänzt werden.	nicht folgen Der Anregung wird nicht gefolgt. Die beiden Kulturerbestätten Speyerer Dom und Kloster Lorsch sowie weitere Kulturdenkmäler werden im Regionalplan nicht explizit aufgezählt. Auch auf andere nachrichtliche Darstellungen wie z.B. naturschutzfachliche Schutzgebietskategorien wurde verzichtet, um die Kartendarstellung inhaltlich nicht zu überfrachten.	2240
Ein (wenn auch räumlich eingeschränkter) genereller Ausbauvorrang für die Schiene ist kritisch zu betrachten. Es wird empfohlen, im jeweiligen Einzelfall und entsprechend des Bedarfs und der Situation vor Ort zu entscheiden, ob der Ausbau von Schiene und/oder Straße zielführend ist.	nicht folgen Der Ausbauvorrang wird immer eine Einzelfallentscheidung in den jeweiligen Verfahren für die Infrastrukturprojekte sein. Er sollte aber in Rahmen regionaler und kommunaler Verkehrskonzepte grundsätzlich abgewogen werden.	3064
Die Wirtschaftsförderung Bergstraße setzt sich für eine neue Autobahnanschlussstelle an der A5/L3398 („Heppenheim-Süd“) ein. Diese Anschlussstelle ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Städte Heppenheim (Erschließung neuer Gewerbegebiete), Lampertheim und der Odenwaldregion (überörtliche Erschließung) von großer Bedeutung. Hiervon profitieren ebenfalls die außerhalb des Kreises liegenden Gemeinden Laudenbach und Hemsbach.	folgen Eine neue Anschlussstelle Heppenheim-Süd an die A 5 muss im verkehrlichem Zusammenhang mit dem im Regionalplan enthaltenen Neubau der K 4229 Weinheim - Laudenbach gesehen werden. Es sollte geprüft werden, ob die neue Anschlussstelle nicht direkt an die geplante Keisverbindungsstraße angebunden werden könnte. Die Maßnahme sollte deshalb in die Prüfliste in der Begründung zu Plansatz 3.1.2.4 als "A 5 neue Anschlussstelle Heppenheim Süd i.V. Mit geplantem Neubau der K 4229" aufgenommen werden.	3158
Im Textteil unter Ziffer 3.1.2.3 ist die Maßnahme „B44, Ortsumgehung Groß- Rohrheim" zu streichen, da diese bereits gebaut wurde. Im Kartenteil ist die Maßnahme entsprechend als „Bestand" darzustellen.	folgen Die Maßnahme "B 44 Ortsumgehung Groß-Rohrheim" wird im Plansatz 3.1.2.3 gestrichen und in der Raumnutzungskarte sowie in der Textkarte 3 als Bestand dargestellt.	3224

Absender

Landratsamt Kreis Bergstraße

Äußerung	Behandlungsvorschlag	Nummer
<p>Hinweise:</p> <p>In dem uns vorliegendem o. a. Regionalplan erfolgen eine Reihe von Aussagen zum Verkehrsgeschehen, die zum einen allgemeine Punkte zum Bereich des Verkehrswesens ansprechen, zum anderen aber auch differenzierte Vorhaben (z.B.: im Bereich geplanter Ortsumgehungen) auflisten. In Bezug auf die angeführte Steigerung der umweltfreundlichen Verkehrsträger am gesamten Personenverkehr und Güterverkehr darf ich auf die Problematik des Güterkraftverkehrs hinweisen. Im Schreiben des Hessischen Landkreistages vom 26.06.2012 wird bezugnehmend auf den Bundesverkehrswegeplan 2015 auf die Steigerung der Transportleistungen des Straßengüterverkehrs hingewiesen: „Im laufenden Jahr soll die Transportleistung des Straßengüterverkehrs bei 400 Mrd. tkm liegen, für das Jahr 2025 wird eine Transportleistung von über 700 Mrd. tkm prognostiziert“. Auch wenn ein Großteil dieser Transportleistungen auf dem Strecken der Bundesautobahnen abgeleistet wird, so kommen doch weitere Belastungen auf die Ortsdurchfahrten zu, die bewältigt werden müssen. Diese Problematik sollte deutlicher herausgestellt werden. Grundsätzlich sollte die Entlastung von Ortsdurchfahrten einen wesentlichen „Programmpunkt“ darstellen. Hier trifft sich die Problematik der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrsablaufes (hier Schwerpunkt des motorisierten Verkehrs) mit den Interessen des schwächeren Verkehrsteilnehmers (z.B.: Fußgängers) und den Bedürfnissen des Umweltschutzes und dem Schutz der Anwohner vor Emissionen und Immissionen. Hierbei sollte über die Auflistung von geplanten Umgehungsstraßen hinausgegangen werden (B37, Neckarsteinach, B38 Mörlenbach-Fürth und B47 zwischen Worms und Lorsch). Auch die Ortsdurchfahrten einer Vielzahl von Gemeinden und Städten sind massiv belastet (Heppenheim Postknoten, Bensheim Ritterplatz). So sollte es nicht geschehen, dass die Einrichtung eines zweiten Autobahnanschlusses betrieben wird, während die Durchgangsstraßen im Stadtmittelpunkt den Verkehr kaum aufnehmen können! Umgehungsstraßen sollten so konzipiert werden, dass ihre Funktion nicht durch die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbegebieten wieder geschmälert oder gänzlich aufgehoben wird (als Beispiel kann hier der Berliner Ring in Bensheim angeführt werden. Er stellte eine deutliche Entlastung der parallel verlaufenden B3 dar und hatte eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 70km/h. Heute beträgt die zulässige Höchstgeschwindigkeit nur noch 50km/h. Die Strecke ist beiderseits von Gewerbebetrieben umgeben). Begrüßenswert ist die Darstellung der Trassensicherung für Verkehrswege. So werden in Gemeinden doch Wohn- oder Gewerbegebiete ausgewiesen, die später die Planung einer Umgehungsstraße wesentlich erschweren. Die Verlagerung des Individualverkehrs auf das Fahrrad erscheint gerade in Hinblick auf den ökologischen Aspekt und die Problematik des Parkraumes (insbesondere der Ballungsräume) vorteilhaft. Es gilt hier jedoch, die „Verträglichkeit“ der verschiedenen Verkehrsteilnehmer zueinander stärker zu berücksichtigen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Regionalplan enthält zahlreiche Ausbaumaßnahmen von großräumigen Autobahnen sowie den Neubau zahlreicher Ortsumgehungen zur Aufnahme des angesprochenen Güterverkehrs. Im Kapitel Güterverkehr wird zudem die Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger mit Maßnahmen dargestellt. Die angesprochene Prognose des Bundes für die Entwicklung des Güterverkehrs wird derzeit überarbeitet und die Auswirkungen auf die regionalen Straßennetze sind somit derzeit nicht abschließend zur beurteilen. Die geschilderten Detailfragen, wie z.B. Berücksichtigung der Interessen von schwächeren Verkehrsteilnehmern oder der Schutz der Anwohner vor Immissionen und Emissionen müssen im Detail in den jeweiligen Planfeststellungsverfahren für die Ortsumgehungen einfließen.</p>	3034
<p>Der Naturschutzbeirat hält die im Regionalplan Rhein-Neckar dargestellte Trassenführung für die Ortsumgehungen von Mörlenbach, Rimbach und Fürth für nicht vereinbar mit dem europäischen, deutschen und hessischen Natur- und Artenschutzrecht. Das gilt sowohl für die derzeit im Planfeststellungsverfahren befindliche Variante 02 für Mörlenbach als auch für die in einer Machbarkeitsstudie vom Frühjahr 2010 dargestellte Linienführung für eine Weiterführung der B 38 a um Rimbach und Fürth.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die artenschutzfachrechtliche und Natura 2000-bezogene Prüfung ist Bestandteil der Umweltprüfung im Planfeststellungsverfahren.</p>	3225

Absender

Landratsamt Kreis Bergstraße

Äußerung	Behandlungsvorschlag	Nummer
Nach dem Rhein-Neckar Takt 2020 wird der Ausbau der S-Bahn Mannheim-Lampertheim- Biblis-Frankfurt beschrieben. Im Regionalplanentwurf fehlt unseres Erachtens die Aufnahme des Zielortes Frankfurt.	teilweise folgen In dem Plansatz wird nur die Ausbaumaßnahme und nicht die Gesamtstrecke genannt. Da aber bis Groß-Rohrheim ausgebaut werden soll, wird der Plansatz 3.1.3.4, 5. Spiegelstrich ergänzt: "Mannheim - Lampertheim - Biblis - Groß-Rohrheim - (Frankfurt)".	3474
Es wird angeregt, den unter 3.1.3.4 dargestellten Ausbau der Nahverkehrsachse Mannheim - Biblis (Riedbahn) um die Verlängerung bis zum Endhalt der S-Bahn Rhein-Main in Riedstadt zu erweitern (vgl.: Regionalplan Südhessen). Eine Verlängerung bis mindestens nach Groß-Rohrheim wäre nach der betrieblichen Prüfung des VRN Verkehrskonzeptes möglich.	folgen Ergänzung Plansatz 3.1.3.4, 5. Spiegelstrich: "Mannheim - Lampertheim - Biblis - Groß-Rohrheim - (Frankfurt)".	3475
Neubaustrecke (NBS) Rhein-Main / Rhein-Neckar In der Raumnutzungskarte des ERP ist für den Kreis Bergstraße der Untersuchungskorridor in Bündelung mit der A 67 und im Bereich des Viernheimer Waldes als Ziel der Trassenfestlegung der NBS dargestellt. Um jedoch den Beschluss des VRRN entsprechend umzusetzen, ist in der Begründung des ERP auf der Grundlage der vom Regionalforum beschlossenen Konsenstrasse (weitestgehende Bündelung der NBS mit der A 67 auf der Westseite der Autobahn), das Planziel zu konkretisieren. Anregung: Im Textlichen Teil des EPL R-N sollte dahingehend eine Konkretisierung der Trassenfestlegung der NBS auf den Bereich südlich von Lorsch bis zur Landesgrenze auf die „Konsenstrasse“ erfolgen.	folgen Ergänzung Begründung zu Plansatz 3.1.3.2, 2. Spiegelstrich, S 130: "... dargestellt. Die vom ICE-Regionalforum beschlossene Konsenstrasse (weitestgehende Bündelung der NBS mit der A 67 auf der Westseite der Autobahn) ist mit der Darstellung des Untersuchungskorridors abgedeckt. Bisher.."	3377
Bahnstrecke Mörlenbach / Überwald Im Aufstellungsverfahren zum RPS/RegFNP 2010 wurde die Eisenbahnstrecke von Mörlenbach bis Grasellenbach OT Wahlen als Freihaltestrecke für den Schienenverkehr als Planziel festgelegt. Entgegen dieser Festlegungen endet die Freihaltestrecke im Entwurf des ERP R-N bereits in (Unter) Wald-Michelbach. Der Streckenabschnitt von (Unter) Wald-Michelbach bis Grasellenbach OT Wahlen ist in der Gesamtheit des Streckenabschnittes als Freihaltestrecke als Planziel zu ergänzen.	folgen Ergänzung Plansatz 3.1.3.5 : "Mörlenbach - Wald-Michelbach - Wahlen" und Verlängerung der Signatur "Freihaltetrasse für den Schienenverkehr" in der Raumnutzungskarte bis zum Ort Wahlen gemäß Regionalplan Südhessen.	3522

Absender

Landratsamt Kreis Bergstraße

Äußerung	Behandlungsvorschlag	Nummer
Obwohl dem Fahrradverkehr große Bedeutung beigemessen wird, wurde im Gegensatz zum Straßen- und Schienennetz der (regionalbedeutsame) Ausbau- und Erweiterungsbedarf für das Radwegenetz nicht ermittelt und wird nicht dargestellt. Dies ist nachzuholen, ggf. in Form einer späteren Planergänzung, regt der Ausschuss für Regionalentwicklung und Infrastruktur des Kreistages an.	Kenntnisnahme In den Landesplanungsgesetzen sind im Gegensatz zu anderen Verkehrsträgern bezüglich des Radverkehrs keinerlei Vorgaben enthalten. Zudem hat der Ausbau der Infrastruktur im Radverkehr nicht die Raumbedeutsamkeit wie z.B. neue Straßen- oder Schienenstrecken. Mit den formulierten Plansätzen geht der Verband über das übliche Maß hinaus und hat sogar ein regionalbedeutsames Radwegenetz entworfen. Es soll den kommunalen Aufgabenträger als Grundlage für eine weitere Verfeinerung und für den Ausbau dienen. Es obliegt der kommunalen Ebene Ausbaukonzepte und deren Umsetzung zu entwerfen. Haushaltsmittel und Kompetenzen in der Radwegeplanung besitzt der Verband nicht. Er engagiert sich aber im Rahmen des Regionalmanagements für Radprojekte (Radroutenplaner, Initiative "Sicherer Arbeitsweg, Beschilderung Neckartalradweg und Veloroute Rhein, usw.).	3649
In G 3.2.1.3 sollen die Kommunen speziell bei Neubaugebieten auf die Möglichkeit der Gestaltung eines auf Passivhäuser basierenden Gebietes hingewiesen werden.	Kenntnisnahme Die Anregung ist bereits in den Plansätzen enthalten, indem in Plansatz 3.2.1.3 auf die Erarbeitung von konkreten Energieversorgungskonzepten für Neubaugebiete und in Plansatz 3.2.2.1 auf die Errichtung von Passivenergie- und Niedrigenergiehäusern bei Neubauten hingewiesen ist.	3747
Neben dem Einsatz erneuerbare Energien in kommunalen Gebäuden wird empfohlen, zusätzlich den Einsatz von Effizienzmaßnahmen zu prüfen (BHKWs / Wärmerückgewinnung etc.).	Kenntnisnahme Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Energieeffizienz sind in Kap. 3.2.3 enthalten, in Kap. 3.2.4.1 geht es ausschließlich um erneuerbare Energien.	3802
Ausweisung der Fläche des stillgelegten KKW in der Gemeinde Biblis Die jetzt bebaute Fläche ist im ERP R-N nachrichtlich(N) aus dem FNP der Gemeinde Biblis übernommen und als „Siedlungsfläche Industrie und Gewerbe“(N) Bestand dargestellt. Die zurzeit als Parkplatz genutzte Fläche im Südosten ist als Entwicklungsfläche vorgesehen. Es wird seitens des Kreises begrüßt, dass weder im Plan noch im textlichen Teil des ERP Aussagen, wie z. B. Standort Kraftwerk, aufgenommen wurden. Die Darstellungen im RPS/RegFNP (Symbol Kraftwerk) sind insoweit überholt und sollten bei einer künftigen Änderung des RPS entsprechend der Darstellung des ERP R-N angepasst werden.	Kenntnisnahme Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	704